

Vertrag

Zwischen

Deutsches Rotes Kreuz e.V.

vertreten durch den Generalsekretär

Christian Reuter

Carstennstraße 58

12205 Berlin

(im Folgenden „**Auftraggeber**“)

und

vertreten durch

...

...

...

(im Folgenden „**Auftragnehmer¹**“)

- Auftraggeber und Auftragnehmer im Folgenden „**die Parteien**“ genannt -

wird folgender **VERTRAG** geschlossen:

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird bei allen Personenbezeichnungen und Pronomen das generische Maskulinum verwendet. Dies soll ausdrücklich im Sinne der Gleichbehandlung alle Geschlechter umfassen und beinhaltet selbstredend keinerlei Wertungen.

Präambel:

Der Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK e.V.) ist die Nationale Gesellschaft des Roten Kreuzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Als solche ist es Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, die Opfern von Konflikten und Katastrophen sowie anderen hilfsbedürftigen Menschen in gesundheitlichen oder sozialen Notlagen umfassend Hilfe leistet, allein nach dem Maß der Not. Das DRK bekennt sich als nationale Rotkreuzgesellschaft zu den sieben Rotkreuzgrundsätzen: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Es gehört als gemeinnützige humanitäre Organisation zu den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.

Junge Menschen stehen aktuell vor zahlreichen Herausforderungen. Neben der Sorge um die eigene Zukunft, gibt es zahlreiche weitere gesellschaftliche und politische Themen, wie z.B. Klimawandel, Krieg und steigende Preise, mit denen junge Menschen zu kämpfen haben. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie weiterhin viele junge Menschen beschäftigen. Themen wie mentale Gesundheit, Einsamkeit und Ausgrenzung sind nur einige der Folgen, die junge Menschen aus 2,5 Jahren Pandemiegeschehen zu bewältigen haben.

Die digitale Plattform Realtalk richtet sich an Jugendliche im Alter zwischen 12 – 20 Jahren. Auf der Plattform sollen zwei unterschiedliche Funktionen umgesetzt werden.

- 1.) Eine digitale Peer-to-Peer-Beratung von und für Jugendliche via Chat
- 2.) Ein digitales Terminfindungstool für Schüler und Schülerinnen und Schulsozialarbeitende zur Vereinbarung und Organisation von Beratungsterminen.

Das Ziel beider Projekte ist es, den Zugang zu niedrigschwelliger Unterstützung zu erleichtern. Beide Projekte sollen auf einer gemeinsamen digitalen Plattform angeboten werden und richten sich an die gleiche Zielgruppe. Abgesehen davon grenzen sich die beiden Projekte stark voneinander ab.

- 1.) Die digitale Peer-to-Peer-Beratung ermöglicht es den Jugendlichen sich vertrauensvoll mit Gleichaltrigen austauschen, ihre Herausforderungen zu teilen und niedrigschwellig Unterstützung erhalten zu können. Die Plattform fördert zudem das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und ermutigt die ehrenamtlichen Peer-Berater*Innen darin, Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche aktiv mitzugestalten
- 2.) Das Teilprojekt zur digitalen Terminfindung konzentriert sich darauf, die Terminvereinbarung zwischen Schulsozialarbeitenden und Schüler*innen zu verbessern und Beratungen via Videocall zu ermöglichen. Dadurch wird der Zugang zu Unterstützung für die Jugendlichen erleichtert, da sie unkompliziert, niedrigschwellig und flexibel Hilfe durch ihre zuständigen Schulsozialarbeitenden erhalten können.

Der Auftragnehmer ist .

§ 1 Gegenstand und Bestandteile des Vertrags

- (1) Vertragsgegenstand ist die Evaluierung des Projektes „Digitale Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche“ auf Grundlage eines Werkvertrages. Die Leistungen bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit.
- (2) Neben diesem Vertrag gelten als Vertragsbestandteile die nachfolgenden Unterlagen:
 - (a) Die Ausschreibung des Auftraggebers vom 11.10.2023, bestehend aus
 - der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes,
 - den Beilagen3131

- - Beantwortete Bieterfragen sowie auftraggeberseitige Korrekturen an den Vergabeunterlagen und
 - das Preisblatt.
- (b) Das Angebot des Auftragnehmers vom [REDACTED] nebst Anlagen.
 - (c) Die Bieterauskünfte.
 - (d) Die Auftragsverarbeitungsvereinbarung.
 - (e) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung.
- (3) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil. Die Vertragsbestandteile sind als „sinnvolles Ganzes“ auszulegen. Widersprüche zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen und -grundlagen sind nach allgemeinen Grundsätzen der Vertragsauslegung aufzulösen. Nur wenn gleichwohl noch unauflösbare Widersprüche verbleiben, bestimmt sich das Rangverhältnis nach der Reihenfolge der Auflistung in § 1 Abs. 2. Ein Widerspruch in diesem Sinne liegt vor, wenn Anforderungen und/ oder Leistungen in den Vertragsbestandteilen unterschiedlich definiert sind, nicht jedoch, wenn eine nachrangige Vertragsgrundlage eine vorherige lediglich ergänzt oder konkretisiert.

§ 2 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer wird für den Auftraggeber eine Evaluierung des Projekts „Digitale Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche “ die sich konkret aus der Leistungsbeschreibung ergibt, erbringen.
- (2) Die Leistung des Auftragnehmers unterteilt sich in folgende Phasen: Explorationsphase (Abs. 3), Datenerhebungsphase (Abs. 4) und Phase der Analyse und Auswertung (Abs. 5).
- (3) In der Explorationsphase erfolgt u.a. eine Analyse bereits bestehender Daten, die konkrete Besprechung des konkreten Evaluierungsansatzes und der Methodik sowie die individuelle Planung der weiter ausstehenden Phasen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Qualitätsstandards für Evaluationen der Deutschen Gesellschaft für Evaluationen (DeGEval) einzuhalten. Die Methoden und Maßnahmen sind entsprechend zu wählen, um die in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots genannten Ziele zu erreichen. Die Ergebnisse der Phase werden vom Auftragnehmer in einer Maßnahmenplanung gemäß der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zusammengefasst dargestellt. Diese Maßnahmenplanung werden in einem Reflexionsgespräch mit dem Auftraggeber besprochen, im Rahmen dessen die erwähnten Aspekte sowie Fragen und offene Punkte besprochen und festgelegt werden. Der Auftragnehmer passt die Maßnahmenplanung und die Datenerhebungsinstrumente darauffolgend entsprechend an. Die Maßnahmenplanung ist von dem Auftraggeber freizugeben.
- (4) In der Datenerhebungsphase sollen von dem Auftragnehmer unter anderem Gespräche mit Beteiligten, Sichtungen von Dokumenten und Aufzeichnungen sowie eine Sammlung der notwendigen Daten gemäß der in der Explorationsphase festgelegten und in der Maßnahmenplanung festgehaltenen Methodik erfolgen. Je nach Bedarf und Vereinbarung zieht der Auftragnehmer in dieser Phase weitere Informationen hinzu. Während der Datenerhebungsphase finden mindestens zwei Zwischenberichte mit Reflexionsgesprächen gemäß der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zwischen den Vertragsparteien statt.

- (5) Während der Phase der Analyse und Auswertung werden die, in der Datenerhebungsphase gesammelten Daten ausgewertet und in Berichtsform gemäß den Vorgaben der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zu Struktur und Länge aufgearbeitet. Der Auftragnehmer verpflichtet sich spätestens zwei Monate vor Ende der Vertragslaufzeit einen -tägigen Workshop mit Vertretern des Auftraggebers vorzunehmen, um dort die Ergebnisse zu präsentieren. Neben den erhobenen Daten und gewonnenen Ergebnissen, wird der Auftragnehmer daraus Handlungsempfehlungen für Projekte ähnlicher Art für die Zukunft für den Auftraggeber herausarbeiten und schriftlich festhalten.
- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, einen Abschlussbericht inkl. Handlungsempfehlungen zu verfassen, der einen Umfang von max. 20 Seiten (DIN A4; ohne Anhänge) umfasst.
- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistung durch qualifiziertes Personal fachgerecht und nach bestem Wissen und Gewissen zu erbringen.
- (8) Der Auftragnehmer wird bei der Erstellung des Werkes die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip beachten und schriftliche Dokumentationen in geschlechterneutraler Sprache abfassen.
- (9) Der Auftragnehmer unterliegt, soweit dies nicht durch die Natur des Auftrages vorgegeben ist, bei der Erfüllung des Vertrages bzw. bei der Durchführung der von ihm übernommenen Tätigkeit hinsichtlich Zeiteinteilung und Gestaltung des Tätigkeitsablaufes keinem Weisungs- und Direktionsrecht seitens des Auftraggebers.

§ 3 Termine und Fristen

- (1) Die Leistungen sind bis zum 31.12.2024 fertigzustellen und in adäquater Form zur weiteren Nutzung an den Auftraggeber zu liefern.
- (2) Bei einer nicht termingerechten Herstellung der Werke hat der Auftragnehmer den Auftraggeber dies unter Nennung der Gründe unverzüglich mitzuteilen und alles Zumutbare zu unternehmen, um die Verzögerung aufzuholen. Werden vereinbarte Fristen und Termine schuldhaft nicht eingehalten, so ist der jeweiligen Partei eine angemessene Frist zur Leistung zu setzen, nach Verstreichen der Nachfrist setzt ohne weitere Nachricht Verzug ein.

§ 4 Abnahme

- (1) Nach der vertragsgemäßen Ausführung der in § 1 beschriebenen Leistung ist der Auftraggeber hierüber per E-Mail zu verständigen und zur Abnahme aufzufordern.
- (2) Das in § 1 beschriebene Werk wird an den Ansprechpartner die Referentin Innovative Jugendhilfe oder deren Vertretung des Auftraggebers per E-Mail in Word-Format zugesandt. Die Abnahme erfolgt E-Mail spätestens 14 Werktage nach Zugang der Abnahmeaufforderung.
- (3) Erweist sich das Ergebnis als nicht abnahmefähig, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die vom Auftraggeber konkret zu benennenden Mängel unverzüglich zu beseitigen sowie die voraussichtliche Dauer der Mängelbeseitigung mitzuteilen und nach Abschluss der Nacharbeiten die Mängelbeseitigung anzuzeigen.

§ 5 Inkrafttreten, Laufzeit und Beendigung des Vertrages

- (1) Der Vertrag tritt ab Unterzeichnung in Kraft und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit der Abnahme des Werkes. Im Übrigen gilt die gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Der Vertrag kann aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, erheblicher Dissens über die

Gestaltung und Durchführung des Auftrages, der zu einer Unzumutbarkeit der weiteren Zusammenarbeit führt, Leistungsverzug oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung außerordentlich und fristlos gekündigt werden.

- (3) Im Falle einer Kündigung nach Absatz 2 hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf die in § 10 vereinbarte Vergütung. Bereits erhaltene Vergütungen sind vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zurückzuzahlen. Der Erstattungsbetrag zu Gunsten des Auftraggebers ist mit einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz per annum ab dem Zeitpunkt der Zahlung durch den Auftraggeber zu verzinsen.
- (4) Kündigungen bedürfen der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändiger Unterschrift (ggfs. vom jeweiligen Vertretungsberechtigten), welches der anderen Vertragspartei im Original zuzustellen ist.
- (5) Bei Beendigung dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche ihm zur Erfüllung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Gegenstände, Unterlagen und Daten, einschließlich etwa hiervon gefertigter Kopien, herauszugeben. Sie stehen im Eigentum des Auftraggebers. Eigene, im Zusammenhang mit diesem Auftrag erstellte Unterlagen sind an den Auftraggeber in Kopie zu übergeben, wenn und soweit dieser die Unterlagen zur Dokumentation oder Fortentwicklung des Projektes benötigt.

§ 6 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat die Leistungen des Auftragnehmers durch angemessene Mitwirkungshandlungen im Sinne der nachstehenden Absätze zu unterstützen.
- (2) Er verpflichtet sich, alle zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung und der Einzelaufträge erforderlichen Informationen dem Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen, soweit die Beschaffung dieser Information nicht im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegt und dies mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Rechtsvorschriften vereinbar ist.
- (3) Nimmt der Auftraggeber ihm obliegende Handlungen nicht rechtzeitig vor, so verschieben sich zugesagte Termine um eine angemessene Zeit. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber den Einzelauftrag nachträglich ändert oder ergänzt. Eventuell auftretende Wartezeiten sind von dem Auftragnehmer mit der Erledigung anderer vertraglich vereinbarter Aufgabenteile im Rahmen des Zumutbaren sinnvoll auszufüllen.

§ 7 Urheberrechte

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber räumlich, zeitlich und sachlich unbeschränkte, übertragbare, nicht-ausschließliche Nutzungsrechte an den in § 2 näher beschriebenen Leistungen und Leistungsergebnissen ein soweit dies gesetzlich zulässig ist. Dies schließt das Recht ein, die Ergebnisse zu vervielfältigen, in beliebiger Weise zu bearbeiten, weiterzuentwickeln, zu ändern und in sonstiger Weise umzugestalten und die hierdurch geschaffenen Leistungsergebnisse in gleicher Weise zu nutzen. Dabei hat der Auftraggeber Beeinträchtigungen des Werkes zu unterlassen, die die geistige und persönliche Rechte des Auftragnehmers am Werk zu gefährden geeignet sind. Im Falle einer Vergabe von Lizenzen wird der Auftraggeber darauf hinwirken, dass der Auftragnehmer vor Beginn einer entsprechenden Bearbeitung des Werkes gehört wird. Möchte der Auftraggeber einzelne Rechte selbst ausüben, so hat er den Auftragnehmer anzuhören und ihm bei persönlicher und fachlicher Eignung die entsprechende Bearbeitung des Werkes anzubieten, bevor damit Dritte beauftragt werden. Die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts ist durch die Vergütung abgegolten.

- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, einfache, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Nutzungsrechte an den Leistungen / Leistungsergebnissen sämtlichen Mitgliedsverbänden, insbesondere sämtlichen Landesverbänden und dem Verband der Schwesternschaften vom DRK sowie den in diesen zusammengeschlossenen Kreisverbänden, Ortsvereinen, Vereinigungen, Unternehmen oder sonstigen dazugehörigen Einrichtungen einzuräumen. Dies umfasst auch sämtliche verbundenen Unternehmen oder Einrichtungen der in Satz 1 genannten Verbände, Vereine und Einrichtungen sowie sämtliche Verbände, Vereine, Unternehmen und Einrichtungen, die zumindest auch die Bezeichnung „Deutsches Rotes Kreuz“ tragen. Möchte der Auftragnehmer die erbrachten Leistungen veröffentlichen, bewerben o.ä. oder unter Nennung des Namens oder des Logos des Auftraggebers Dritten zugänglich machen, ist dies nur nach einer schriftlichen Genehmigung des Auftraggeber zuständig.

§ 8 Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die vertragliche Leistung frei von Schutzrechten Dritter ist, die ihre vertragsmäßige Nutzung durch den Auftraggeber ausschließen oder einschränken.
- (2) Werden nach Vertragsabschluss Verletzungen von Schutzrechten geltend gemacht und wird die vertragsmäßige Nutzung der vertraglichen Leistungen beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach Wahl des Auftraggebers entweder die vertragliche Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder das Recht zu erwirken, dass die vertragliche Leistung uneingeschränkt und für den Auftraggeber ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann. Ist dies dem Auftragnehmer binnen eines Zeitraumes von 20 Kalendertagen ab Geltendmachung der Schutzverletzung nicht möglich, so hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Nachfrist von mindestens 14 Kalendertagen zu setzen. Gelingt dies dem Auftragnehmer auch nicht in dieser Frist, so kann der Auftraggeber ganz oder teilweise von diesem Vertrag zurücktreten oder die Herabsetzung der Vergütung verlangen und Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen verlangen. Eine Nachfristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer offensichtlich nicht zur Mängelbeseitigung in der Lage ist oder die Mängelbeseitigung ablehnt.
- (3) Der Auftragnehmer übernimmt die alleinige Haftung und Rechtsverteidigung gegenüber denjenigen, die Verletzungen von Schutzrechten geltend machen. Der Auftragnehmer ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, auf eigene Kosten durchzuführen und den Auftraggeber von jeglicher Inanspruchnahme durch Dritte auf erstes Anfordern umfassend freizustellen.
- (4) Der Auftraggeber wird vom Auftragnehmer unverzüglich schriftlich benachrichtigt, wenn gegen sie Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

§ 9 Vergütung

- (1) Für die Erbringung der gesamten vertraglichen Leistungen nach § 2 zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Festpreisvergütung in Höhe von insgesamt EUR zuzüglich ggf. anfallender Umsatzsteuer. Eine Mehrvergütung ist ausgeschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer erhält 30 % der Vergütung nach der Beendigung der Explorations-Phase und die restlichen 70% der Vergütung nach Abnahme der vollständigen Leistung.
- (3) Der Betrag ist jeweils fällig innerhalb von 14 Tagen nach schriftlicher und prüfbarer Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer. Die Vergütungen verstehen sich netto zuzüglich Umsatzsteuer in der jeweils geltenden gesetzlichen Höhe.

Die Rechnungen müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung der abgerechneten Leistungen,
 - Nettozahlbetrag je abgerechneter Leistung,
 - Netto- und Brutto- Gesamtrechnungssumme,
 - und, sofern durch den Auftraggeber bereitgestellt, Auftrags- bzw. Bestellnummer.
- (4) Die Zahlung erfolgt jeweils durch Überweisung auf folgendes Konto des Auftragnehmers:
Bank: IBAN:
- (5) Anpassungen der Preise im laufenden Vertragsverhältnis sind unzulässig. Änderungen müssen dem Auftraggeber angetragen werden und bedürfen der schriftlichen Zustimmung.
- (6) Der Auftragnehmer ist selbstständig verantwortlich für die Versteuerung seines Honorars. Die Steuerpflicht geht zu Lasten des Auftragnehmers.

§ 10 Nebenkosten

Nebenkosten wie z.B. Reisekosten fallen für die Leistungen nach § 2 in der Regel nicht an und sind mit der Vergütung nach § 10 abgegolten. Nebenkosten werden von dem Auftraggeber nur übernommen, wenn diese im Voraus schriftlich vereinbart wurden.

§ 11 Sach- und Rechtsmängel

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen frei von Mängeln und von Rechten Dritter sind. Eine Mängelmeldung hat an folgende Adresse zu erfolgen:
- (2) Sollten die vertragsgegenständlichen Leistungen Schutzrechte Dritter verletzen, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich unterrichten und diesem die zur Abwehr erforderlichen Informationen und sonstige angemessene Unterstützung zur Verfügung stellen.
- (3) Der Auftragnehmer wird auf eigene Kosten und nach seiner Wahl entweder dem Auftraggeber die erforderlichen Nutzungsrechte verschaffen oder die vertragsgegenständlichen Leistungen so abändern, dass sie Schutzrechte Dritter nicht mehr verletzen, aber weiterhin den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen. Im letzten Fall wird der Auftragnehmer alle dafür erforderlichen Konvertierungen, Umstellungen, Anpassung von Dokumentationen, Schulungen etc. durchführen. Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, die erforderlichen Nutzungsrechte zu gewähren oder die vertragsgegenständlichen Leistungen entsprechend abzuändern, ist der Auftraggeber zur sofortigen Kündigung dieses Vertrags berechtigt. Das Recht des Auftraggebers, darüber hinaus gehende Schadensersatzansprüche geltend zu machen, bleibt unberührt.
- (4) Im Falle der Verletzung von Schutzrechten Dritter wird der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen daraus resultierenden Ansprüchen und Schadenersatzforderungen sowie von den Kosten der Rechtsverteidigung in angemessener Höhe gegen Nachweis freistellen. Die Freistellung steht unter der Voraussetzung, dass der Auftraggeber nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmers einen Vergleich über die von dem Dritten geltend gemachten Ansprüche schließt oder diese anerkennt.

§ 12 Unterauftragnehmer

- (1) Die Weitergabe von Teilen der Leistung an andere Unternehmen („Unterauftragnehmer“) ist, sofern keine abweichenden Bedingungen getroffen wurden, zulässig.
- (2) Der Einsatz eines Unterauftragnehmers nach Vertragsschluss ist dem Auftraggeber anzuzeigen und bedarf der Zustimmung des Auftraggebers.

- (3) Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an solche Unterauftragnehmer übertragen, die fachkundig und leistungsfähig (geeignet) sind.
- (4) Der Wechsel des Unterauftragnehmers bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Auftraggeber.

§ 13 Nebenabreden

Nebenabreden oder Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Mündliche Abmachungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung der Schriftform.

§ 14 Verschwiegenheit und Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien haben alle vertraulichen Informationen, die eine Vertragspartei von der anderen Vertragspartei erhält, vertraulich zu behandeln und ausschließlich zum Zweck der Leistungserbringung zu benutzen. Die Vertragsparteien schützen vertrauliche Informationen vor unbefugtem Zugriff und behandeln diese mit der gleichen Sorgfalt, die sie bei ihren eigenen, gleichermaßen vertraulichen Informationen anwenden, mindestens jedoch die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Eine Weitergabe der vertraulichen Informationen durch eine Vertragspartei an andere Dritte, insbesondere verbundene Unternehmen oder Lizenznehmer ist nur nach vorheriger, schriftlicher ausdrücklicher Zustimmung der anderen Vertragspartei zulässig.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen Beachtung finden.

§ 15 Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt
 - bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit,
 - für die Verletzung von Leben, Leib oder Gesundheit,
 - nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes sowie
 - im Umfang einer vom Auftragnehmer übernommenen Garantie.
- (2) Bei leicht fahrlässiger Verletzung einer Pflicht, die wesentlich für die Erreichung des Vertragszwecks ist (Kardinalpflicht), ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach begrenzt auf den Schaden, der nach der Art des fraglichen Geschäftes vorhersehbar und typisch ist.
- (3) Eine weitergehende Haftung des Auftragnehmers besteht nicht.
- (4) Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für die persönliche Haftung der Mitarbeiter, Vertreter und Organe des Auftragnehmers.

§ 16 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

Gegen Ansprüche des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderung aufrechnen. Zur Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist der Auftragnehmer nur aufgrund von Gegenansprüchen aus dem gleichen Vertragsverhältnis berechtigt.

§ 17 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den

unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.

- (2) Sämtliche in diesem Vertrag genannten Anlagen sind verpflichtender Vertragsbestandteil.
- (3) Für die Durchführung dieses Vertrags gilt ausnahmslos das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird Berlinvereinbart.

Berlin, den

, den

Christian Reuter

Generalsekretär

Deutsches Rotes Kreuz

MUSTER